



## Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 16.01.2020:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, [dan-news](#), [lug-info](#) sowie [ukrinform](#), [tass](#), [sputnik](#) und [ria.ru](#)

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### **dan-news.info: Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa bezüglich der Arbeit an der Realisierung zusätzlicher Maßnahmen zur Kontrolle des Waffenstillstands**

Gestern wurde auf der offiziellen Seite des Präsidenten der Ukraine eine Information veröffentlicht, dass die Vertreter der Ukraine bei den Verhandlungen in Minsk an einem Voranbringen zusätzlicher Maßnahmen zur Gewährleistung einer allumfassenden Feuereinstellung arbeiten werden.

In diesem Zusammenhang erinnern wir daran, dass eine Liste zusätzlicher Maßnahmen zuerst bereits im August 2017 von der OSZE-Mission vorgeschlagen wurde, im Weiteren wurde sie auf Grundlage der Vorschläge der Vertreter der Republik ergänzt und enthält unter anderem die Notwendigkeit, die Befehle zur Feuereinstellung zu veröffentlichen, Ermittlungen und Disziplinarmaßnahmen gegen Verletzer durchzuführen. Von Seiten der Republik werden regelmäßig alle notwendigen Anforderungen erfüllt, während die ukrainische Seite ungestraft weiterhin unsere Territorien beschossen hat, darunter auch mit schweren Waffen.

So haben die BFU seit dem 21. Juli, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des unbefristeten Waffenstillstands, der mit einem Paket zusätzlicher Maßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung untermauert ist, 2118 mal das Territorium der DVR beschossen, in der Folge wurden 23 friedliche Einwohner unserer Republik verletzt, 344 Häuser und 37 Infrastrukture Objekte zerstört und beschädigt. Zu keinem einzigen dieser Fälle haben wir Ermittlungen der ukrainischen Seite gesehen, bei keinem einzigen Verstoß wurden die Schuldigen bestraft.

In der Erklärung über einen unbefristeten Waffenstillstand, die im Juli 2019 vereinbart wurde, wird recht deutlich und verständlich ein Mechanismus zur Gewährleistung eines Regimes der Feuereinstellung auf Grundlage zusätzlicher Maßnahmen vorgeschrieben, die bewaffneten Formationen der Ukraine müssen nur die Punkte der vereinbarten Zusatzmaßnahmen umsetzen, aber dies geschieht nicht, wir sehen keine realen Schritte zu Frieden.

Mehr als zwei Jahre lang haben die Vertreter der Republik auf der Paraphierung eines offiziellen Dokuments zu Zusatzmaßnahmen bestanden, unter anderem auch auf dem letzten Treffen im Dezember 2019. Auf der bevorstehenden Sitzung haben wir wieder die Absicht, die Frage der Gewährleistung eines juristischen Status eines Pakets von zusätzlichen Maßnahmen durch Unterzeichnung durch die Seiten zu stellen und hoffen, dass dies endlich geschieht. Wir haben uns mehrfach davon überzeugt, dass selbst unterzeichnete Dokumente keine hundertprozentigen Garantien geben, dass die ukrainische Seite ihre Verpflichtungen erfüllt. Wir meinen, dass der juristische Status eines paraphierten Dokuments es erlaubt, Sanktionsmechanismen im Fall einer Verletzung der zusätzlichen Maßnahmen und der Begehung von Kriegsverbrechen, in deren Folge friedliche Einwohner und ihre Häuser leiden, anzuwenden.

Wir meinen auch, dass es für Herrn Selenskij am produktivsten wäre, statt bereits existierende und

vereinbarte Mechanismen vorzuschlagen, sich auf die Suche nach Möglichkeiten einer etappenweise Trennung von Kräften und Mitteln entlang der gesamten Kontaktlinie zu konzentrieren, deren Unmöglichkeit er nach dem Treffen der Staatsoberhäupter des normannischen Quartetts erklärt hat. Eine etappenweise Trennung könnten tatsächlich ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zum Frieden sein.

### **Lug-info.com: Erklärung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnogo**

Im Zusammenhang mit den Mitteilung ukrainischer Massenmedien über eine Erklärung von Herrn Selenskij während eines Telefongesprächs mit Frau Merkel über seine Absicht „zusätzliche Maßnahmen zur vollständigen Feuereinstellung im Donbass“ voranzubringen, muss das Folgende angemerkt werden.

Bald ist es zwei Jahre her, dass Vertreter der Republiken einen realen Mechanismus zur Gewährleistung eines Regimes der Feuereinstellung der Kontaktgruppe zur Behandlung vorgelegt haben. Aber bis jetzt hat die ukrainische Seite selbst dessen Aufnahme in die Tagesordnung der Untergruppe zur Fragen der Sicherheit blockiert. Bereits im Mai 2018 haben wir einen Entwurf eines Dokument vorgelegt, das auf ein reales Ergebnis abzielt – die Gewährleistung eines Regimes der Feuereinstellung durch zusätzliche Maßnahmen, von der Veröffentlichung der entsprechenden Befehle des obersten Kommandos bis hin zu Maßnahmen der Verantwortlichkeit für alle Verletzungen des Waffenstillstands. Aber gerade das schreckt offensichtlich die Kiewer Regierung – wenn sie ein solche Dokument unterzeichnen, geben sie den internationalen Vermittlern Mechanismen zur Bewertung der Verantwortlichkeit für die Verschärfung der Situation an der Abgrenzungslinie in die Hand, die, wie sie sehr gut wissen, nicht zu ihren Gunsten sein werden. Statt die vorgeschlagenen zusätzlichen Maßnahmen umzusetzen, beschießt die ukrainische Seite weiter systematisch unsere Ortschaften an der Abgrenzungslinie.

Bereits nach der Erklärung der Kontaktgruppe im Ergebnis der Sitzung am 18. Dezember letzten Jahres über die Bestätigung ihrer Verpflichtungen zur Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung, das im Juli 2019 erklärt worden war, haben die BFU regelmäßige Beschüsse unserer Ortschaften mit Mörsern und Granatwerfern durchgeführt.

Die Lage verschärfte sich kritisch am 10. Januar, als die BFU Wohngebiet von Kirowsk mit Artilleriesystemen des Kalibers 152mm beschossen. Bei diesem Beschuss wurden zehn Häuser und kritisch wichtige Objekte der zivilen Infrastruktur beschädigt. Ein Einwohner von Kirowsk, geb. 1961, wurde verletzt, er verlor ein Bein. Und das steht im OSZE-Bericht.

Auf der letzten Sitzung der Kontaktgruppe hat sich die ukrainische Seite geweigert, zusätzliche Maßnahmen zu paraphieren, danach gab es kritische Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung, die eine unmittelbare Reaktion erfordern – sowohl unsererseits als auch von der Kontaktgruppe im ganzen.

Heute werden wir in Minsk auf der Unterzeichnung eines Dokuments bestehen, dass die von uns vorgeschlagenen zusätzlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung eines Regimes der Feuereinstellung festhält. Und auch auf der wirksamsten Maßnahmen – einer etappenweisen Trennung von Kräften und Mitteln an der gesamten Abgrenzungslinie (der sich Selenskij auf dem Pariser Gipfel in verantwortungsloser Weise verweigert hat), um die Möglichkeit von Beschüssen und Provokationen physisch auszuschließen.

Unter Bedingungen einer absoluten Unfähigkeit der ukrainischen Seite ihre Kämpfer zu bändigen, kann nur durch eine Dokumentierung der Verpflichtungen der Seite eine reale Einhaltung eines Regimes der Feuereinstellung und eine adäquate Bewertung der Fälle von Verstößen erreicht werden.

### **Lug-info.com: Mitteilungen der Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobzewa**

Kiew hat heute im Grunde die Sitzung der Arbeitsgruppe zu humanitären Fragen sabotiert, weil die bevollmächtigte Vertreterin in der Gruppe Walerija Lutkowskaja nicht nach Minsk gekommen ist und ihre Vollmacht operativ einem Experten, der die ukrainische Seite vertritt, übergeben hat.

Das Treffen hatte zutiefst formalen Charakter. Die Seiten tauschen Informationen zu Fragen der Tagesordnung aus, aber das zu erwartende konstruktive Herangehen in der Untergruppe gab es leider nicht.

Unter anderem war für die heutige Sitzung geplant, Fragen, die die Fortsetzung der Arbeit zu Freilassung festgehaltener Personen, die Eröffnung neuer Kontroll- und Passierpunkte zwischen der LVR und der Ukraine und eine Reihe anderer humanitärer Probleme, die eine unmittelbare Entscheidung erfordern, zu erörtern.

Die gesamte Verantwortung für das Scheitern eines vollwertigen Verhandlungsprozesses im Format der Gruppe liegt vollständig bei der ukrainischen Seite.

### **Ombudsmandnr.ru: Kommentar der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa im Zusammenhang mit der nicht stattgefundenen Sitzung der humanitären Arbeitsgruppe**

Heute ist es im Zusammenhang mit dem Fehlen der Vertreterin der ukrainischen Seite auf der Sitzung der humanitären Untergruppe der dreiseitigen Kontaktgruppe leider nicht gelungen, alle Fragen der Tagesordnung im vollen Maße zu erörtern.

Wir bringen unser Bedauern im Zusammenhang mit diesem Vorfall zum Ausdruck und hoffen, dass es solche Situationen in Zukunft nicht geben wird. Wir rufen dazu auf, eine fruchtbare Arbeit zu Lösung der aktuellen Fragen fortzuführen und die Umsetzung der Punkte, die in den „Minsker Vereinbarungen“ festgehalten sind, zu verfolgen.

**Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR:** Heute haben die Seiten im Rahmen der Arbeit der **Untergruppe zu Fragen der Sicherheit** der Kontaktgruppe die Arbeit im Rahmen der von den Staatsoberhäuptern des Normannischen Format gestellten Aufgaben fortgesetzt, von denen eine es ist, ein nachhaltiges Regime der Feuereinstellung an der Kontaktlinie zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang haben die Vertreter der Republiken daran erinnert, dass sie mehrfach vorgeschlagen haben, das im Juli 2019 vereinbarte Paket zusätzlicher Maßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung schriftlich festzuhalten, aber die Ukraine hat dies wie zuvor verweigert.

„Im Unterschied zu den lautstarken Ankündigungen der Führung der Ukraine über die Arbeit an einem Vorankommen von zusätzlichen Maßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Waffenstillstands haben die Verhandlungsteilnehmer der ukrainischen Seite sich in dieser Frage nicht bewegt, nicht einmal gesagt, was ihr Präsident in diesem Kontext konkret angeordnet hat“, teilte die Außenministerin Natalja Nikonorowa mit.

Bezüglich der Aufgabe einer weiteren Realisierung der Rahmenvereinbarung haben die Verhandlungsteilnehmer mögliche Orte potenzieller Abschnitte zur Trennung von Kräften und Mitteln und damit verbundene Prozesse erörtert.

„Die ukrainische Seite hat endlich ihre Vorschläge für neue Abschnitte vorgelegt und die Verhandlungsteilnehmer konnten ihre Vorschläge abgleichen und die Bearbeitung beginnen. Derzeit sind neun mögliche Orte in Arbeit, je drei Varianten der DVR, der LVR und der Ukraine, von denen drei Abschnitte festgelegt und vereinbart werden.

Aber in diesem Kontext müssen einige wichtige Momente angemerkt werden. Erstens hat die OSZE-Mission bis heute nicht den Status der Umsetzung des Zeitplans bezüglich der Demontage der Befestigungsanlagen und anderer militärischer Objekte an den ersten drei Pilotabschnitten veröffentlicht; zweitens existiert die dringende Notwendigkeit einen Zusatz zur Rahmenvereinbarung zu vereinbaren und zu paraphieren, damit es bei der nächsten Trennung möglich ist, bisher unberücksichtigte Aspekte des Trennungsprozesses zu regeln“, sagte Natalja Nikonorowa.

**Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR:** Auf der ersten Sitzung der **politischen Untergruppe** im Jahr 2020 fand eine recht lebhaft Diskussions statt, aber führte nicht zu wesentlichen Bewegungen bei der Realisierung der Fragen der Tagesordnung. Die ukrainische Seite

sabotiert weiter die Umsetzung ihrer Verpflichtungen sowohl zum Maßnahmekomplex als auch zum Abschlusskommuniqué der Staatsoberhäupter des „Normannischen Quartetts“.

„Statt eine gemeinsame Arbeit mit den Vertretern der Republiken an juristischen Aspekten des besonderen Status des Donbass durchzuführen, befasst sich die Regierung der Ukraine mit gesetzgeberischer Eigenmächtigkeit: da werden irgendwelche Entwürfe über eine „Dezentralisierung“ des Staates in Parlament zur Behandlung eingebracht, die nichts mit den Minsker Vereinbarungen noch mit einer realen Dezentralisierung gemein haben, da werden eigene Vorschläge zurückgenommen. All dies zeugt von fehlendem Willen der ukrainischen Führung, sachbezogen und folgerichtig ihre Verpflichtungen im politischen Bereich des Minsker Formats zu erfüllen“, sagte Natalja Nikonorowa.

Dabei haben die Verhandlungspartner der Ukraine kein einziges Mal einen Entwurf für gesetzgeberische Akte, die gemäß den politischen Punkten des Maßnahmekomplexes und den Anmerkungen dazu, der in mit den Vertretern der Republiken vereinbarter Redaktion verabschiedet werden muss, in die Kontaktgruppe zur Behandlung eingebracht.

„Die ukrainische Seite muss endlich beginnen, den politischen Teil der Minsker Vereinbarungen zu erfüllen und namentlich schriftliche Positionen zu allen rechtlichen Aspekten des besonderen Status des Donbass vorlegen und dann mit der Vereinbarung dieser Entwürfe für normativ-rechtliche Akte mit uns zu beginnen: Änderungen im Gesetz über einen besonderen Status, sich drauf ergebene Gesetze und rechtlicher Akte und Vereinbarungen und am wichtigsten Änderungen an der Verfassung, die diese Regelungen befestigen“, unterstrich die bevollmächtigte Vertreterin der DVR.